

1. Fakten zur aktuellen Finanzkrise

Zunächst einmal sollen einige Zahlen zur Finanzkrise angeführt werden, die ihre immense Bedeutung widerspiegeln sollen. Damit wird nicht nur deutlich gemacht, welche weitreichenden Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft gegeben sind. Vielmehr geht es ebenso darum, aufzuzeigen, welche Sprengkraft für Gesellschaften, Staaten und ihre Bündnisse sich dahinter verbirgt.

In den letzten Jahren hat die Finanzbranche – angeheizt durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, neue Finanzprodukte (Derivate), die Abschaffung bzw. Aufweichung von Kapitalkontrollen und die Globalisierung der Finanzwelt – ein exorbitantes Wachstum erlebt (Roubini/Mihm, 2010, S. 255ff.). Der Beitrag des Finanzsektors zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA ist dabei von 2,5% im Jahr 1974 auf 7,7% im Jahr 2005 gestiegen. Dies hat u.a. dazu geführt, dass eine stetig wachsende Zahl von Absolventen der Eliteuniversitäten den Weg an die Wall Street gegangen sind: Im Jahr 2007 wollten beispielsweise 58% der männlichen Harvard-Absolventen in der Finanz- und Beratungsbranche anfangen. Der ebenfalls bedeutende britische Finanzsektor, mit über 9% Anteil am BIP, zeigt ähnliche Entwicklungen. Interessant ist vor allem die Entwicklung des Finanzsektors im Vergleich zur Realwirtschaft (Schmidt, 2010, S. 22f.): Ende 2009 lag der Anteil der Industrieproduktion in Großbritannien nur noch bei 11% der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung.

Die Bedeutung der Finanzbranche ist seit der Großen Depression von 1929 sicherlich auch durch eine Politik der Ausdehnung von Kredit und Geld maßgeblich gefördert worden. So hat sich die Geldmenge in den letzten 30 Jahren weltweit mehr als vervierzigfacht, die Menge an Realgütern dagegen nur vervierfacht (Otte, 2008, S. 22). In diesem Zusammenhang spielen Derivate, vereinfacht formuliert Wetten (Spekulation), eine überragende Rolle in der Finanzwelt (Müller, D., 2009, S. 41ff.). Das Volumen dieser Derivate machte bereits Ende 2007 fast 600 Billionen US-Dollar aus – fast das Zehnfache der jährlichen Wirtschaftsleistung

der gesamten Weltwirtschaft. An der Deutschen Börse in Frankfurt werden mittlerweile 280.000 Zertifikate und Optionsscheine, als Wettideen, gehandelt. Der Handel mit Kreditausfall-Swaps, einer Variante derartiger Papiere, wuchs von 2001 bis 2007 von 900 Milliarden US-Dollar auf 62 Billionen US-Dollar (Appleby, 2011, S. 580). Festzuhalten bleibt, dass sich die Finanzwelt längst zu großen Teilen von der Realwirtschaft abgekoppelt hat.

Um die Größenordnungen zu verdeutlichen, sollen die folgenden Zahlen dienen (Jahnke, 2011/2012, S. 36f.): Die deutsche Wirtschaftsleistung (BIP) pro Tag beträgt in US-Dollar 9,1 Milliarden. Allein die Wetten auf die künftige Zinsentwicklung liegen bei einem täglichen Umsatz von 2.100 Milliarden US-Dollar, also 230-mal so viel. Der Handel mit Währungen erreicht sogar ein Tagesvolumen von fast 4.000 Milliarden US-Dollar, also 440-mal so viel. Der tägliche internationale Warenhandel, für den Währungsgeschäfte abgeschlossen werden müssen, umfasst dabei „nur“ eine Größenordnung von 41 Milliarden US-Dollar, d.h. der riesige Rest dient allein spekulativen Zwecken! Von der weltweit zur Verfügung stehenden Liquidität machen Derivate mit 80 Prozent den größten Anteil aus. Auf Anleihen kommen 10%, während Bargeld, Spar-, Sicht- und Termineinlagen (Geldmenge M3) die restlichen 10% darstellen.

Mit der Verschiebung der Dimensionen im Finanzsektor hat sich auch die Bezahlung des Managements erheblich verändert. Die CEOs (Chief Executive Officers) von 365 der größten US-Firmen bekommen heutzutage weit über 500 Mal höhere Bezüge als der Durchschnitt ihrer Mitarbeiter und diese Diskrepanzen wachsen noch (Wilkinson/Pickett, 2009, S. 278f.; Horx, 2009, S. 151). International gibt es beachtliche Unterschiede:

Tabelle 1: Länderspezifische Einkommensunterschiede

Land	Verhältnis von CEO-Bezügen zum Lohn von Arbeitern in der Produktion
Japan	16 : 1
Schweden	21 : 1
Großbritannien	31 : 1
USA	44 : 1

Wie Tabelle 1 zeigt, sind die USA zwar führend bei den Einkommensunterschieden. Das Verhältnis der CEO-Bezüge zu den Löhnen ist aber bei weitem nicht so dramatisch hoch, wie bei den vorher zitierten Großunternehmen. Insbesondere Investmentbanken fallen durch ihre exorbitanten Bonuszahlungen auf (Mooslechner/Schürz, 2010, S. 80f.):

Tabelle 2: Boni-Zahlungen in Zeiten der Krise

Investmentbank	Jahr	Jahres- ergebnis	gezahlte Boni	Zuschuss aus dem staatlichen TARP*
(jeweils in Milliarden US-Dollar)				
Goldman Sachs	2008	2,3	4,8	10
Morgan Stanley	2008	1,7	4,5	25
Merrill Lynch	2007	-7,0	16,0	

* Troubled Assets Relief Program

Ins Auge sticht besonders die Investmentbank Merrill Lynch, die im Jahr 2007 trotz eines immensen Verlustes von 7 Milliarden US-Dollar sage und schreibe 16 Milliarden US-Dollar an Boni ausgezahlt hat – ein geradezu perverses Verständnis von Leistungsgerechtigkeit. Dass dies das Gerechtigkeitsempfinden vieler Durchschnittsbürger massiv stört, wenn Leistung und Bezahlung in keinem Verhältnis mehr zueinander stehen, dürfte Jedermann einleuchten (Honegger et al., 2010, S. 221f.).

Die immensen Steigerungen bei den Managerbezügen sind jedoch kein US-amerikanisches Phänomen. Mittlerweile macht das amerikanische Beispiel auch in Europa Schule (Otte, 2008, S. 131). Im Zeitalter des Shareholder-Value-Kapitalismus werden mit Verweis auf den internationalen Konkurrenzdruck seit vielen Jahren Löhne und Gehälter der Beschäftigten und die Beschäftigtenzahl gedrückt, während Managergehälter explodieren. Das Selbstverständnis von Hermann Josef Abs, dem legendären Chef der Deutschen Bank, aus dem Jahr 1973, klingt daher etwas angestaubt (zitiert in: Schäfer, 2009, S. 226): Der Gewinn sei „eine Lebensvoraussetzung für jedes Unternehmen und so notwendig wie die Luft zum Atmen für den Menschen. Wie der Mensch aber nicht nur lebt, um

zu atmen, so betreibt er auch nicht seine wirtschaftliche Tätigkeit, nur um Gewinn zu machen. Die Aufgabe der Unternehmen sei es, die Gesellschaft mit Waren und Dienstleistungen zu versorgen und Arbeitsplätze zu schaffen – und nicht etwa den Aktienkurs zu steigern. Es sei wichtig, dass der Unternehmer ein waches Gespür für die Regungen und Stimmungen in seiner gesellschaftlichen Umwelt mitbringt und sich in jeder seiner einzelnen Entscheidungen konsequent von seiner Gesamtverantwortung gegenüber der Gesellschaft leiten lässt“.

Nach dem Ausbrechen der Finanzkrise im Jahr 2008 haben viele Staaten ihren Finanzsektor und damit das weltweite Finanzsystem wie auch die Realwirtschaft mit Milliardenbeträgen vor dem totalen Kollaps zu schützen versucht. Die geplatzten Spekulationsblasen führten zu massiven Rettungspaketen gemäß dem großen Lehrmeister John Maynard Keynes, die einen deutlich tieferen Abschwung der Wirtschaft verhindern sollten, aber auch erhebliche Haushaltsdefizite bedingten (Stiglitz, 2011b, S. 40). Weltweit haben die Staaten und internationale Institutionen Rettungspakete für die Finanzbranche in Höhe von mehr als vier Billionen Euro geschnürt (Sinn, 2009, S. 18). Allein bei den US-Pensionsfonds und Rentenkassen mussten im ersten Halbjahr 2008 bislang ca. 2 Billionen US-Dollar an Wertberichtigungen vorgenommen werden (Eichhorn/Solte, 2009, S. 154) – der Wertverlust der Papiere mit denen auf eine „goldene“ Zukunft gewettet worden war, hatte dramatische Ausmaße erreicht. Bis zum Jahr 2008 sind von den deutschen Banken insgesamt etwa 300 Milliarden Euro in derartig dubiose Papiere investiert worden, daran sind die deutschen Landesbanken mit über 100 Milliarden Euro beteiligt (Sinn, 2009, S. 140f. und 200ff.). Insgesamt wird ein weltweiter Wertberichtigungsbedarf von bis zu fünf Billionen US-Dollar prognostiziert.

Die vorläufige Rettung der deutschen Bank Hypo Real Estate zeigt die Dimensionen der Finanzkrise exemplarisch auf (DER SPIEGEL, Heft 38/2010, S. 98f.). Bis zum Ende des 1. Halbjahres 2010 wurde ein Garantierahmen von 142 Milliarden Euro gewährt. An direkten Kapitalhilfen sind bis dahin 7,7 Milliarden Euro geflossen, wobei 4,8 Milliarden Euro bereits abgeschrieben werden mussten. Ein Zuschuss an weiteren 2,3 Milliarden Euro an direkten Kapitalhilfen ist für 2010 geplant.

Die Behauptung von Vertretern der Finanzbranche, die derzeitige Krise sei keine Bankenkrise, sondern müsse auf die vorher schon eingeleitete exzessive Staatsverschuldung zurückgeführt werden, ist der blanke Hohn.

Der Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Kai A. Konrad, kommt zu einem gegenteiligen Ergebnis (Konrad/Zschäpitz, 2012, S. 20): „Ein Großteil der privaten Schulden von Banken oder anderen Finanzdienstleistern ist einfach in die öffentlichen Haushalte verschoben worden“. „Nobelpreisträger“ Joseph Stiglitz kommt zu dem Ergebnis, dass die Verschuldung in den USA allein auf Bundesebene vermutlich um mehrere Billionen Dollar gestiegen sein dürfte (Stiglitz, 2011a S. 391f.). Dabei sei der größte Teil des Schuldenzuwachses (in den USA und auch in Europa) nicht einmal durch Konjunkturpakete und Bankenrettungsmaßnahmen entstanden, sondern durch sinkende Steuereinnahmen und erhöhte Ausgaben zur Abfederung von Arbeitslosigkeit aufgrund des ausgelösten Wirtschaftsabschwungs.

Es spricht einiges dafür, dass gesunde Volkswirtschaften eher selten von einer Krise erfasst werden (Roubini/Mihm, 2010, S. 162 und 178). Deutschland scheint als „Wachstumslokomotive“ Europas dazuzugehören. Eine Wirtschaftskrise wird insbesondere durch bereits bestehende Schwächen und Probleme ermöglicht. Die USA mit ihrem chronischen Leistungsbilanzdefizit und ihrer hohen Verschuldung dürften dafür ein passendes Beispiel sein. Generell gilt, dass Länder mit chronischen Handelsbilanzdefiziten eher von Wirtschaftskrisen bedroht sind (Stiglitz, 2011a, S. 296). Als grundlegender Maßstab für die wirtschaftliche Gesundheit eines Landes kann die Leistungsbilanz angesehen werden (Roubini/Mihm, 2010, S. 320ff.). Neben der Handelsbilanz, die die Warenströme eines Landes (Exporte und Importe) erfasst, werden in der Leistungsbilanz auch finanzwirtschaftliche Transaktionen ausgewiesen. Langfristig sollte angestrebt werden, dass die einzelnen Volkswirtschaften in etwa ausgeglichene Leistungsbilanzen erreichen, denn langandauernde Überschüsse gehen zu Lasten anderer Länder. Diesen Vorwurf muss sich Deutschland seit Jahren gefallen lassen: Deutschland habe seine Exportstärke mit einer Zurückhaltung bei den Löhnen und Gehältern im eigenen Land erkaufte.

Daraus lässt sich eine wichtige Erkenntnis ableiten: Ähnliche Krisen treten scheinbar synchron in unterschiedlichen Ländern auf, weil sie von vergleichbaren Schwächen ausgelöst werden, beispielsweise von einer überbordenden Verschuldung. „Eine Volkswirtschaft wird umso krisenanfälliger, je mehr Akteure ihre Aktivitäten über Schulden finanzieren. Je größer die Abhängigkeit von Schulden und Fremdkapital, umso instabiler das Finanzsystem“ (ebd., S. 118 und 177).

Der Schuldenstand der folgenden Länder, die öfters in den Wirtschaftsnachrichten genannt werden, ist astronomisch. So beträgt die aufgelaufene Staatsverschuldung der USA im Jahr 2010 über 10 Billionen Euro, Japan erreicht über 9,8 Billionen Euro, während Deutschland abgeschlagen bei gut 2 Billionen Euro liegt, gefolgt von Italien mit 1,84 Billionen Euro, Brasilien mit 1,82, Frankreich mit 1,59 und Großbritannien mit 1,35 Billionen Euro; Indien kommt immerhin noch auf 0,9 Billionen Euro und China auf knapp 0,8 (DER SPIEGEL, Heft 32/2011, S. 64). Ende des Jahres 2012 wird die globale staatliche Verschuldung voraussichtlich über 55 Billionen US-Dollar betragen! (Konrad/Zschäpitz, 2012, S. 20).

Die derzeitige Diskussion in der EU wie in den USA über weitere Stützungsmaßnahmen für „klamme“ Staaten, wie Griechenland und Spanien, und Konjunkturprogramme in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro sowie der immense Wertberichtigungsbedarf in den Bankbilanzen lässt vermuten, dass die Verschuldungsspirale noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Die Weltwirtschaft steht, ohne groß Horrorszenerarien her vorzaubern zu müssen, am Abgrund.

Weltweit gibt es weniger als umgerechnet drei Billionen Euro gesetzliche Zahlungsmittel (Bargeld und Einlagen bei Banken). Wenn ich einen Kredit aufnehme, muss ich das Versprechen abgeben, dem Gläubiger (Kreditgeber) am Ende der Laufzeit entsprechend der Kreditsumme Zentralbankgeld auszuhändigen. Weltweit betragen die Schulden 53-mal so viel, wie Zentralbankgeld zur Verfügung steht. Wenn nun zu viele Gläubiger am Ende von Kreditlaufzeiten auf der Lieferung von gesetzlichen Zahlungsmitteln bestehen, muss es zu einem Problem kommen, wie es zur Zeit in Griechenland und anderen Staaten passiert (Solte, 2011/2012, S. 33).

Die Szenarien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für das Jahr 2040 in Bezug auf die Staatsschulden erscheinen da regelrecht optimistisch, wenn die Entwicklung in einigen EU-Staaten, wie Italien, Frankreich und Portugal, betrachtet wird (siehe Tabelle 3). Natürlich sind Vorhersagen für eine derartig weite Zukunft mit großen Unsicherheiten behaftet. Die bereits gezeigten Schuldenstände wichtiger Staaten und die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatshaushalte geben andererseits kaum Anlass für überschwänglichen Optimismus. Zudem gibt es bequemere Wege des Schuldenabbaus, wie

Inflation bis hin zu Währungsreformen oder Schuldenschnitte, die im abschließenden Kapitel 5 näher analysiert werden sollen.

Tabelle 3: Schulden ausgewählter Länder

Land	Schuldenstand 2009, in Prozent des BIP (Staat, Unternehmen, Haushalte)	Staatsschulden, in Prozent des BIP (BIZ-Prognose 2040)
USA	257	350
Japan	351	> 400
Deutschland	202	ca. 170
Irland	397	> 300
Portugal	328	> 100
Großbritannien	319	> 300
Italien	251	ca. 100
Frankreich	252	> 200

Häufig unterbleibt bei der langfristigen Prognose der Verschuldung die Berücksichtigung eines weiteren mächtigen Stressfaktors für die Staatsfinanzen, die demographische Entwicklung. Die Europäische Kommission untersucht in ihren Nachhaltigkeitsberichten die langfristigen Auswirkungen der Veränderung der Altersstruktur und kommt dabei zu erschreckenden Ergebnissen (Konrad/Zschäpitz, 2012, S. 218ff.). Werden die öffentlichen Haushalte nicht den demographischen Gegebenheiten angepasst, so droht eine exponentiell ansteigende Schuldenquote. Die Manövrierfähigkeit der Regierung wird somit noch weiter eingeschränkt.